

EUROPAWAHL 1989

Wahlprogramm der *Liberalen Demokraten*

Freisinnige gegen Restauration

Wir wollen Europa - aber bitte anders!

Wir, die *Liberalen Demokraten*, wollen ein demokratisches, freiheitliches Europa. Wir wollen kein halbherziges Europa, das in Bürokratie, Technokratie und Unverständlichkeit erstickt.

Wir wollen ein Europa, dessen Schicksal von seinen Bürgern und dem von ihnen gewählten Parlament, nicht aber von einzelstaatlichen Bedenken bestimmt wird. Wir wollen ein Europa der öffentlichen Entscheidungen und nicht ein Europa der Beratungen hinter verschlossenen Türen.

Wir wollen den Grundwerten der Französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" nicht nur in den einzelstaatlichen Verfassungen, sondern auch in der Europäischen Gemeinschaft und in ihrem Alltag Gel-

tung verschaffen. Die Völker Europas haben diese Revolution weithin gemeinsam erlebt. Sie ist zu einer gemeinsamen geistig-politischen Wurzel geworden. Wir wollen auf ihren Idealen fußend die Grundrechte und -freiheiten der Bürger für Europa festschreiben. Wir wollen eine demokratische, freiheitliche Europäische Verfassung: eine Verfassung, die dem über zweitausendfünfhundertjährigen Erbe Europas gemäß ist, eine Verfassung, die allen Europäern gleiche Rechte gibt und das gemeinsame Bewußtsein dieses Kontinents ausdrückt, eine Verfassung schließlich, die die Gemeinschaft für alle anderen Europäer offenhält. Die im Innern der Staaten geltenden verfassungsrechtlichen Grundsätze müssen auch für Europa insgesamt gelten, d.h. Volkssouveränität, Grundrechte und -freiheiten, Verantwortlichkeit der ausübenden gegenüber der gesetzgebenden, der gewählten Gewalt.

Wir sind bereit, dafür einen Preis zu zahlen, dafür auf viele vertraute Regelungen im Nationalstaat und auf ein ständiges Aufrechnen zu verzichten. Wir möchten Vertrauensvorschuß gewähren. Dies gilt sowohl für unsere Erwartungen gegenüber Europa als auch gegenüber der Art und Weise, wie andere die gleichen Probleme lösen, die auch wir kennen.

Wir müssen die häufig gefühlsmäßig bedingte Angst gegenüber einer möglichen Übervorteilung oder einem ungenügenden Schutz überwinden, und dabei auf die Kraft einer gemeinsamen Willensbildung vertrauen. Wir müssen beispielsweise den Umweltschutz, die medizinischen, tiermedizinischen und lebensmitteltechnischen Untersuchungen sowie die Ahndung von Gesetzesübertretungen bei unseren Nachbarn ebenso akzeptieren, wie wir bereit sein müssen, eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik zu führen, deren erstes Ziel vielleicht die Vollbeschäftigung, nicht aber - wie gewohnt und bei uns mehrheitsfähig - die Preisstabilität ist. Kurz, wir müssen um des Neuen willen bereit sein, auf Geliebtes zu verzichten. Wir müssen auf die Macht des Wortes im Europäischen Parlament vertrauen, ohne stets auf die nationale Notbremse zu schielen.

Wir sind bereit, für ein demokratisches, parlamentarisch verantwortetes Europa etwas zu wagen, ohne bis ins Letzte abgesichert zu sein. Wir wollen nicht fragen, ob eine Sache uns denn kurzfristig Nutzen bringt. Unsere europäische Perspektive reicht über die nächsten vier, fünf Jahre weit hinaus. Sie zieht zugleich auch die Partner Europas in der Ersten, Zweiten und der Dritten Welt in die Betrachtung mit ein, die mit uns in vielfältigen Wechselbeziehungen stehen und dies auch immer bleiben werden.

Nur mit einem mit allen demokratischen Rechten ausgestatteten Parlament vermag die Europäische Gemeinschaft die Impulse der Zukunft aufzufangen und auf sie gemeinsame Antworten zu finden. Die jetzt vorhandene Hierarchie der bürokratischen Instanzen neigt erkennbar zu Verkrustungen und zur Schaffung von Räumen, die entweder nicht oder nur unvollkommen kontrolliert werden.

Wir wollen die Einheitlichkeit in Europa dort, wo sie sinnvoll ist. Wir wollen keine Vereinheitlichung um jeden Preis. Europas Stärke ist seine kulturelle Vielfalt, die Vielfalt der regionalen und nationalen Identifikationen.

Diese Vielfalt müssen wir bestärken, wo der Einzelne unmittelbar betroffen ist, wie beispielsweise in seiner Sprache, seinem historisch gewachsenen Umfeld. Wir müssen sie bekämpfen, wo sie nichts zur wahren Identifikation des Einzelnen und seiner kulturellen Persönlichkeit beiträgt, wie beispielsweise bei den Paßkontrollen an den Grenzen, bei den nationalen Schutzmechanismen jeglicher Art, bei den nationalen Vorbehalten.

Die Liberalen waren im vergangenen Jahrhundert Schrittmacher für die Nationalstaaten. Sie wandten sich gegen die Kleinstaaterei und die Hemmnisse, die einem freien Austausch von Menschen und Sachen entgegenstanden. Sie haben zugleich die Verfassung gestaltet, in denen sie Bürgerrechte und Gewaltenteilung verankerten.

Die Liberalen Demokraten wollen helfen, dieses Werk heute auf europäischer Ebene fortzusetzen.

Im einzelnen fordern die *Liberalen Demokraten* für die Europäische Gemeinschaft in den nächsten Jahren:

- **Jegliche Grenzkontrollen sind abzuschaffen.** Die innerstaatlich entwickelten polizeilichen und steuerlichen Kontrollen sind auch über die Grenzen hinweg völlig ausreichend.
- **Die Landwirtschaftspolitik muß verbraucherfreundlicher und umweltverträglicher werden.** Ihre bisherigen Ziele der Stützung des bäuerlichen Familienbetriebes und der Versorgungssicherung in strategischer Sicht haben sich überholt. Der bäuerliche Familienbetrieb verschwindet. Die zu seinen Gunsten geschaffenen Bestimmungen werden von Großbetrieben genutzt, die mit ihren chemisch unterstützten Anbaumethoden und ihren Massentierhaltungen Umweltschäden in beträchtlichem Ausmaß verursachen. Die Sicherung der Versorgung sollte kurzfristige Aspekte in den Vordergrund rücken, weil eine langfristige Unterbrechung des Verkehrs mit den überseeischen, in ihrer Produktion klimatisch begünstigten Erzeugerländer angesichts der militärisch-technischen Entwicklungen immer unwahrscheinlicher wird. An die Stelle der bisherigen Ziele der Landwirtschaftspolitik sollten die preiswerte Versorgung der Verbraucher, der vom Landbau ausgehende tatsächliche Umweltschutz, sowie die Verantwortung Europas für seine überseeischen Partner treten. Dies bedeutet Preissenkungen und die Auflösung bzw. Verkleinerung der Fleisch- und Butterberge, Milch- und Weinseen. Stattdessen sollte die Pflege der Umwelt durch bäuerliche Familienbetriebe direkt entlohnt werden und sollten wesentliche Teile unserer Nahrungsmittel aus Übersee importiert werden - ohne daß es allerdings dort zu umweltzerstörenden Auswirkungen kommen darf.
- **Europäer/innen müssen selbständige oder unselbständige Arbeit zu gleichen Bedingungen wie Inländer/innen aufnehmen können,** d.h. auf fremdenpolizeiliche Formalitäten und Erschwernisse ist zu verzichten. Zugleich sind Befähigungsnachweise, wie beispielsweise die Schul-, Fachhochschul- und Hochschulzeugnisse, großzügig nach dem Sinn und nicht in bürokratischer Detailfuchserie anzuerkennen.
- **Die Freizügigkeit muß auch im Alter gewährleistet werden.** Dies bedeutet die tatsächlichen Hemmnisse abzubauen. Sie bestehen beispielsweise darin, daß Pensionen und Renten nur im Heimatland ausgezahlt werden dürfen - also eine Art Residenzpflicht besteht - oder Wohngrundstücke von Gebietsfremden nicht erworben werden dürfen.
- **Die europäische Verkehrsordnung** sollte dem Kleinunternehmer alle Möglichkeiten einer Betätigung lassen, ihn aber nicht zum Maßstab nehmen. Die Wirklichkeit des Verkehrs auf der Schiene, der Straße, den Binnengewässern, auf dem Meer und in der Luft wird von Großunternehmen bestimmt.
- **Die europäische Wettbewerbsordnung** sollte die Kleinen vor den Großen schützen, d.h. zeitweise Hilfen für Kleine insbesondere in strukturschwachen Regionen ermöglichen und zugleich Subventionen an Große sowie von ihnen ausgehende Marktabsprachen und -beherrschungen mit aller zur Verfügung stehender Macht bekämpfen.

- **Die indirekten Steuern** müssen auch in ihrer Höhe vereinheitlicht werden, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zu ermöglichen und um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Dies wird auch eine Angleichung der direkten Steuern und der sozialen Leistungen erfordern.
- **Es ist eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik zu führen.** Die von den USA aufgrund der Reagan'schen Haushaltspolitik ausgehenden finanzpolitischen Einflüsse zeigen ebenso wie die Gefahren, die von den übermäßigen Verschuldungen einiger Länder der Zweiten und Dritten Welt auf Europas Wirtschaft ausstrahlen, daß einzelstaatliche Gegenkräfte ihnen gegenüber machtlos sind. Störquellen wie diese sind zudem nicht gegen Europa gerichtet, sondern das Ergebnis autonomer Finanzentscheidungen, deren Auswirkungen auf andere nicht sofort gesehen wurden und gegen die sich deshalb auch keine

Stimme erhob. Der unbemerkt so eng gewordene weltwirtschaftliche Zusammenhang erfordert ein einheitliches Handeln Europas.

- **Die gemeinsame Außenpolitik** muß vom Parlament kontrolliert werden. Das ist insbesondere mit Rücksicht auf die Bewahrung des Friedens in Europa und der Welt wichtig.
- **Für alle EG-Angehörigen ist das unbeschränkte Wahlrecht** als Zeichen ihrer europäischen Inländergemeinschaft einzuführen. Erst wenn sich die Staatsbürgerschaft in eine Europabürgerschaft verwandelt, wird Europa als das verstanden werden, was es heute tatsächlich schon ist - eine Schicksalsgemeinschaft, die einen gemeinsamen politischen Willen bilden muß. Erst dies führt zur Verwirklichung der Vision vom einheitlichen, friedlichen Europa. ■

Sollten Sie weitere Informationen wünschen, wenden Sie sich bitte an die
Bundesgeschäftsstelle der *Liberalen Demokraten*:

Reuterstraße 44
5300 Bonn 1
Tel.: 0228/21 78 87